

The logo for the Bavarian Business Association (vbw) is located in the top right corner. It consists of the lowercase letters 'vbw' in a white, sans-serif font, set against a solid blue square background. Below the letters, the tagline 'Die bayerische Wirtschaft' is written in a smaller, white, sans-serif font.

vbw

Die bayerische Wirtschaft

Spitzengespräch vbw – Katholische Kirche Bayern

Mittwoch, 11. Mai 2016 um 10:00 Uhr

hbw ConferenceArea, Bayernsaal

Max-Joseph-Straße 5, 80333 München

Begrüßung

Alfred Gaffal

Präsident

vbw – Vereinigung der Bayerischen Wirtschaft e. V.

Redezeit: 10 Minuten

Es gilt das gesprochene Wort.

Eure Eminenz, sehr geehrter Herr Kardinal Marx,

Eure Exzellenzen,

sehr geehrte Frau Nickel,

sehr geehrte Herren,

liebe Kollegen,

ich begrüße Sie recht herzlich zum Spitzengespräch zwischen der vbw – Vereinigung der Bayerischen Wirtschaft e. V. und der Katholischen Kirche Bayern.

Ich freue mich, dass wir dieses Jahr unsere Reihe der Spitzengespräche fortsetzen.

Das letzte Treffen ist schließlich schon über drei Jahre her.

Und ich kann mich noch gut daran erinnern, wie Sie uns damals mit großer Gastfreundschaft in den beeindruckenden Räumlichkeiten des Erzbischöflichen Palais empfangen haben – nur einen Steinwurf von hier entfernt.

Wir, die vbw, wollen weiter eine gute Nachbarschaft zur Katholischen Kirche in Bayern pflegen – und das nicht nur räumlich.

Das ist nicht nur mir persönlich als Christ ein wichtiges Anliegen.

Das, was die Katholische Kirche zu gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Themen zu sagen hat, hat Gewicht.

Wir verfolgen das mit großem Interesse.

Ihre Positionen sind für uns immer wieder eine Gelegenheit, eigene Positionen in Frage zu stellen und zu überprüfen.

Katholische Kirche sagt „ja“ zur Sozialen Marktwirtschaft

Dabei verbindet unsere Institutionen das klare Bekenntnis zur Sozialen Marktwirtschaft.

Auch der Heilige Vater, der ja „den Kapitalismus“ und „die Wirtschaft“ bisweilen stark kritisiert, hat sich zum Privateigentum bekannt und den Unternehmer gewürdigt.

In seinem Apostolischen Schreiben „Evangelii Gaudium“ hat er darauf hingewiesen, dass die Tätigkeit des Unternehmers „edle Arbeit“ sei, weil dieser die Güter mehre und so für alle zugänglicher mache.

Zugleich hat der Papst erwähnt, dass ein „Wachstum an Gerechtigkeit“ ein Wachstum der Wirtschaft voraussetze.

Dennoch existieren Unterschiede zwischen vbw und Katholischer Kirche

Auch wenn wir hier grundsätzlich auf einer Linie liegen, so gibt es doch Unterschiede bei der Bewertung von vielen wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Phänomenen.

Der zentrale Unterschied ist wohl, dass wir die Marktwirtschaft noch deutlich entschiedener als Sie als positive Kraft verstehen, die – mit den richtigen Rahmenbedingungen versehen – die Lösung für viele Probleme der Menschheit darstellt.

Bei den Kirchen herrschen hingegen eine grundsätzliche Skepsis gegenüber dem Markt und der Wunsch, diesen irgendwie zu bändigen, um eine bessere und gerechtere Welt zu erreichen.

Sehr geehrter Herr Kardinal, Sie haben sogar einmal davon gesprochen, dass wir den Kapitalismus „überwinden“ müssen.

Aus unserer Sicht würde man der Menschheit damit keinen Gefallen tun.

Ein konkretes Beispiel:

Vertreter der Kirchen äußern häufig die Auffassung, dass Kapitalismus und Marktwirtschaft großen Anteil an Ungleichheit und Armut in der Welt haben.

Der Weg aus der Armut heraus kann allerdings nur durch freies Unternehmertum und freien Handel, also durch Kapitalismus, gelingen.

So kann das einzig bekannte Mittel, um die Armut nachhaltig zu überwinden, nicht gleichzeitig für die Existenz der Armut verantwortlich sein.

Den Beweis für die positive Kraft der Marktwirtschaft und des Freihandels haben die letzten 30 Jahre gebracht.

Mit der Globalisierung hat sich die extreme Armut von 1990 bis heute weltweit halbiert.

Besonders stark ist dieser Rückgang in den Ländern Südostasiens ausgefallen, die ihre Wirtschaftspolitik an marktwirtschaftlichen Grundsätzen ausgerichtet haben.

Natürlich braucht der Kapitalismus staatliche Rahmenbedingungen und sozialen Ausgleich.

Doch zur Bewältigung der weltweiten Armut ist die Marktwirtschaft Teil der Lösung, und nicht Teil des Problems.

Politische Rahmenbedingungen im Inland / Aktuelle Politik

Das gilt auch für das Inland.

Wir dürfen nicht vergessen:

- Unseren derzeitigen Wohlstand und
- unser im internationalen Vergleich sehr hohes Niveau an sozialer Sicherheit,

das alles verdanken wir der Sozialen Marktwirtschaft.

Sozial wird die Marktwirtschaft dadurch, dass der Wettbewerb auf den Märkten zu Wachstum, Fortschritt und Wohlstand führt.

Damit wird die Basis für einen sozialen Ausgleich geschaffen.

Sozial wird die Soziale Marktwirtschaft dagegen nicht, indem man durch – im Einzelfall jeweils vielleicht sogar gut gemeinte – Eingriffe in den

Markt diesen Mechanismus außer Tritt bringt und so die Fähigkeit des Systems, Wohlstand zu schaffen, hemmt.

Die Agenda 2010 war dementsprechend „**Soziale Marktwirtschaft pur**“.

Der Staat hat die Eingriffe in den Arbeitsmarkt reduziert und damit die Funktionsfähigkeit des Arbeitsmarktes – insbesondere auch durch die Erhöhung der Eigenverantwortung – gestärkt.

Das hat unglaubliche Erfolge gebracht.

Deutschland hat sich innerhalb kürzester Zeit vom „kranken Mann Europas“ zum Vorbild für andere europäische Länder gewandelt:

- Die Arbeitslosigkeit ist drastisch gesunken – von 5 Millionen im Jahr 2005 auf heute 2,7 Millionen. Davon haben alle gesellschaftlichen Gruppen profitiert, auch Jugendliche, Ältere und Frauen.
- Die sozialversicherungspflichtige Beschäftigung ist gleichzeitig stark von 26,4 Millionen im Jahr 2005 auf heute 31 Millionen gestiegen.

- Das Steueraufkommen hat sich gegenüber 2005 um 50 Prozent erhöht.

Mit Sorge betrachten wir, dass die Bundesregierung die erfolgreiche Agenda 2010 Stück für Stück zurücknimmt.

Mindestlohn, Rente mit 63 und Frauenquote: Schwarz-Rot hat bisher vor allem die Belastungen für die Unternehmen erhöht.

Und in der Planung befinden sich noch weitere kontraproduktive Vorhaben, wie die Regulierung von Zeit- und Werkverträgen sowie ein Entgeltgleichheitsgesetz.

Das schafft keinen einzigen Arbeitsplatz und keine soziale Gerechtigkeit sondern macht es für die Unternehmen schwieriger, im internationalen Wettbewerb zu bestehen und so den Wohlstand auch in Zukunft zu sichern.

Was die Politik in den nächsten Jahren für mehr Wettbewerbsfähigkeit, Wachstum und Wohlstand in Deutschland und Bayern tun muss, haben wir, die vbw, in unserer **Agenda 2020** auf den Punkt gebracht.

Wichtige Elemente dieses Programms sind:

- Mehr Investitionen in die Infrastruktur und in die digitale Wirtschaft.
- Ein Gesamtkonzept für die Energiewende, das auch den Preisanstieg dämpft, etwa durch eine Strompreisbremse.
- Eine vernünftige Arbeitsmarktpolitik, die nicht Bürokratie und Kosten, sondern die Flexibilität erhöht.
- Und eine Stärkung von Innovationen: Wir brauchen endlich eine steuerliche Forschungsförderung, wie es sie in der Mehrheit der anderen EU-Staaten bereits gibt.

Das sind wichtige Maßnahmen, um unsere Wirtschaft und damit unser Land fit zu machen für die großen Herausforderungen der Zukunft.

Nachhaltigkeit

Lassen Sie mich an dieser Stelle noch ein paar Worte zum Verhältnis von „Nachhaltigkeit“ und „Sozialer Marktwirtschaft“ sagen.

Mit seiner Enzyklika „Laudato si“ hat der Papst viele wichtige Impulse für das Nachdenken über nachhaltiges Wachstum gegeben.

Nachhaltigkeit und die Soziale Marktwirtschaft sind für uns kein Widerspruch.

Ganz im Gegenteil.

Die Soziale Marktwirtschaft ist die Voraussetzung für nachhaltiges Handeln.

Der Wettbewerb zwingt die Unternehmen dazu, mit knappen Ressourcen effizient umzugehen.

Zudem liegt es im Eigeninteresse des Unternehmers, den eigenen Betrieb dauerhaft zu erhalten.

Das ist für uns der Kern des nachhaltigen Handelns.

Die bayerische Wirtschaft ist sich ihrer Verantwortung für die Menschen und die Umwelt bewusst.

Unsere Unternehmen handeln nicht nur wirtschaftlich nachhaltig, sondern engagieren sich in vielerlei Hinsicht für soziale und ökologische Belange.

Ein Beispiel sind die großen Beiträge, die die bayerische und deutsche Wirtschaft beim Klimaschutz bereits heute leisten.

Oder der freiwillige Einsatz der Unternehmen für die Gesellschaft im Freistaat.

Wir haben eine eigene Internet-Seite eingerichtet, die dieses große Engagement dokumentiert und öffentlich macht.

Bayerische Firmen bringen damit die drei Dimensionen nachhaltigen Wachstums, nämlich

- wirtschaftliche Nachhaltigkeit,
- soziale Nachhaltigkeit und
- ökologische Nachhaltigkeit

ins Gleichgewicht.

Auch hier gilt: Der Markt ist der Schlüssel für nachhaltiges Handeln.

Wenn man noch mehr nachhaltiges Handeln in der Wirtschaft erreichen will, besteht die zentrale Herausforderung darin, wirtschaftliche Anreize zum nachhaltigen Handeln zu schaffen.

Hierfür gibt es vielfältige Wege.

Etwa dadurch, dass man das Bewusstsein der Verbraucher stärkt und damit die Nachfrage nach nachhaltigen Produkten steigert.

Es gibt heute schon Hinweise, dass der Weg über Anreize funktionieren kann:

Die Wachstumsprognosen für den globalen Markt für Umwelttechnik und Ressourceneffizienz sind überdurchschnittlich – hier rechnet man bis 2025 mit jährlichen Steigerungsraten von 6,5 Prozent.

Auch suchen immer mehr Unternehmen den Weg in sogenannte „grüne Investments“.

In der DACH-Region, also in Deutschland, Österreich und der Schweiz, sind nachhaltige Investments im Jahr 2014 um 44 Prozent auf ein Volumen von 120 Milliarden Euro angewachsen.

Das ist eine gute Botschaft. Da sind wir auf dem richtigen Weg.

Flüchtlinge

Neben der Nachhaltigkeit ist die Flüchtlingsintegration das andere große Thema, mit dem wir uns heute befassen.

Auch wenn aktuell die Zahlen nicht mehr so hoch sind, so stellt uns der Flüchtlingsstrom weiterhin vor riesige Herausforderungen.

Die bayerische und deutsche Wirtschaft stehen vor der großen Aufgabe, möglichst viele Flüchtlinge in den Arbeitsmarkt zu integrieren.

Wir als vbw stellen uns dieser Aufgabe mit einem vielfältigen Maßnahmenpaket.

Wir haben insgesamt zwölf Projekte aufgesetzt, für die wir an eigenen Mitteln 6,7 Millionen Euro einsetzen.

Gemeinsam mit der Bayerischen Staatsregierung, der Bundesagentur für Arbeit und den Kammern haben wir uns zum Ziel gesetzt, bis Ende 2019 60.000 Flüchtlinge in den bayerischen Ausbildungs- und Arbeitsmarkt zu integrieren.

Dabei gilt: Wir, die Wirtschaft, können das nicht alleine schaffen.

Die Flüchtlingsintegration ist eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe, zu der die Wirtschaft ihren Teil beiträgt.

Wir sind mit unseren Projekten auf einem guten Weg.

So viel von meiner Seite.

Eure Eminenz, wir freuen uns jetzt über Ihre Ausführungen!